



Protokoll

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.267268 / 924/2017/00002

Datum: 20. November 2018
Für: Mitglieder der beratenden Kommission / Cocosol sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Auflistung

Protokoll der 9. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol vom 20. November 2018

| | | |
|----------------------|----------------------------|--|
| Vorsitz: | Luzius Mader | Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz |
| Mitglieder: | Elsbeth Aeschlimann | Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstelle Zürich |
| | Urs Allemann | Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener |
| | Barbara Studer Immenhauser | Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) |
| | Lisa Yolanda Hilafu | Ehem. Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene |
| | Maria Luisa Zürcher | Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe |
| | Christian Raetz | Leiter des «Bureau cantonal de médiation VD» |
| | Laetitia Bernard | Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe |
| Entschuldigt: | Guido Fluri | Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener |
| Ex officio: | Susanne Kuster | Vizedirektorin BJ / Leiterin Direktionsbereich öffentliches Recht (für Traktanden 3 und 4) |
| | Reto Brand | Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM |
| Protokoll: | Simone Anrig | Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM |

1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Speziell willkommen heisst er heute Susanne Kuster (Vizedirektorin BJ/Leiterin Direktionsbereich öffentliches Recht), welche insbesondere für die Traktanden 3 und 4 anwesend ist. Entschuldigt hat sich Guido Fluri.

Die Sitzungsunterlagen wurden vor ca. 10 Tagen an alle Mitglieder versandt. Offenbar sind einige praktische Schwierigkeiten beim letzten Versand aufgetreten. Diese sollen im Hinblick auf den nächsten Versand behoben werden. Falls Bedarf dafür besteht, können die Mitglieder auch bereits kurz vor dem Versand der Sitzungsunterlagen die gewünschten Akten beim BJ einsehen kommen. In der Regel liegen alle für die Sitzung relevanten Dokumente schon vierzehn Tage vor der Sitzung bzw. einige Tage vor dem Versand beim BJ bereit.

Der Präsident erwähnt ausserdem die vor kurzem erfolgte Verleihung der Ehrendoktorwürde an Guido Fluri durch die Universität Luzern. Dies sei für ihn eine erfreuliche Nachricht, denn mit dieser besonderen Auszeichnung werde den besonderen Verdiensten von Herrn Fluri und seinem Engagement für die Sache der Opfer Rechnung getragen.

Urs Allemann berichtet, dass am 25. Oktober 2018 im Restaurant „Heitere Fahne“ in Wabern ein erstes Erzählbistro mit 33 direkt betroffenen Personen und drei Begleitpersonen (Ehepartner/innen) stattgefunden habe. Es seien drei Erzählrunden /-cafés parallel durchgeführt worden, welche von je zwei Moderatorinnen geleitet bzw. betreut worden seien (eine Person habe moderiert, die andere unterstützt). Jede der 33 betroffenen Personen habe ihre Geschichte erzählen können. Nun sei zusammen mit der Fachhochschule Nordwestschweiz für den 10. Dezember 2018 ein weiterer Anlass des Erzählbistros in Olten geplant. Dafür hätten sich bereits ca. 90 Personen gemeldet. Zudem sei für den 14. Februar 2019 in Zusammenarbeit mit ATD Quart Monde ein französischsprachiger Anlass in Treyvaux geplant. Am 30. Juni 2019 werde schliesslich, wie schon in diesem Jahr, für die Betroffenen erneut ein Sommerfest in Mümliswil stattfinden.

Frau Hilafu weist darauf hin, dass in der Schweizer Revue für Auslandschweizer und -schweizerinnen in diesem Jahr wieder zwei Berichte erschienen seien. Darin wurde erneut über den Solidaritätsbeitrag informiert und insbesondere erläutert, wie das Gesuchsverfahren und die Auszahlung des Solidaritätsbeitrags im Einzelnen funktioniert. Der Präsident betont die Wichtigkeit solcher Berichte, weil es in der Vergangenheit für viele Personen offenbar nicht leicht gewesen sei, die an sich klaren Informationen korrekt wahrzunehmen bzw. sie auch anderen Personen so weiterzugeben.

Maria Luisa Zürcher erwähnt, dass die Stiftung Zukunft für Schweizer Fahrende prüfe, ob für Fahrende ein kleineres Projekt, welches vergleichbar wäre mit demjenigen des Erzählbistro, realisierbar wäre. Ein erster Kontakt mit den Verantwortlichen des Erzählbistros habe stattgefunden, um über eine allfällige Zusammenarbeit zu diskutieren.

Im Weiteren weist der Präsident auf das Buch von Robi Minder und Diana Bach: «Lebenslänglich - Briefwechsel zweier Heimkinder» hin, welches kürzlich erschienen sei. Es handle sich um die Korrespondenz zwischen den zwei Autoren, welche beide in den 50er Jahren in einem Kinderheim lebten, und wie sie den ganzen Aufarbeitungsprozess erlebt hätten.

Am 30. November 2018 würden ausserdem die Ergebnisse des „Forschungsprojekts zu fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen im Kanton Zürich bis 1981“ anlässlich einer Veranstaltung in Winterthur präsentiert.

Der Präsident weist schliesslich noch kurz auf die Ergebnisse und Erkenntnisse neuerer Studien hin, die zur Weitergabe von Traumata über mehrere Generationen hinweg erstellt worden seien. Demnach könnten Traumata offenbar nicht nur soziale und psychische Auswir-

kungen über mehrere Generationen hinweg haben, sondern auch über epigenetische Veränderungen bei den Kindern nachwirken. Dass Nachkommen durch die von Elternteilen erlittenen Zwangsmassnahmen beeinträchtigt worden seien, scheine durch diese Forschungsergebnisse weiter erhärtet worden zu sein. Der Gesetzgeber habe sich indessen bewusst dafür entschieden, die Ausrichtung eines Solidaritätsbeitrages aus verschiedenen Gründen auf die direkt betroffenen Personen zu beschränken.

2. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung vom 28. August 2018

Der Präsident teilt mit, dass das Protokoll der letzten Sitzung ausnahmsweise mit der Einladung zur heutigen Sitzung versandt worden ist. Da keine Rückmeldungen von Seiten der Mitglieder eingegangen sind, gilt es somit als genehmigt.

Anlässlich der letzten Sitzung wurde im Übrigen ein Gesuch zurückgestellt, damit der Fachbereich weitere Abklärungen treffen kann. Diese Abklärungen wurden in der Zwischenzeit gemacht und haben dazu geführt, dass das Gesuch schliesslich gutgeheissen werden konnte.

3. Stand der Arbeiten betreffend Beschleunigung der Gesuchsbearbeitung

Gemäss Frau Kuster konnten im Fachbereich FSZM sowohl im Bereich Sachbearbeitung als auch im Sekretariat mehrere Personen rekrutiert und eingestellt werden, damit die Wartezeit derjenigen Gesuchsteller verkürzt werden kann, die bisher noch keine Entscheidung erhalten haben. Diese neuen Mitarbeitenden haben ihre Arbeit seit Oktober 2018 gestaffelt aufgenommen bzw. werden anfangs Dezember damit beginnen. Diese personelle Aufstockung war nicht zuletzt auch dank des Engagements von Bundesrätin Simonetta Sommaruga bzw. ihres Generalsekretariats möglich. Ein Dank geht ebenfalls an die Mitglieder der beratenden Kommission für deren Unterstützung in dieser Angelegenheit.

Mit der Aufstockung der personellen Ressourcen wird eine Beschleunigung der Gesuchsbearbeitung möglich. Die neuen Mitarbeitenden müssen natürlich zuerst eingearbeitet werden und auch viele andere administrative Massnahmen sind nötig, um diese Herausforderung zu bewältigen, aber das BJ ist zuversichtlich, dass alle Gesuche neu bereits bis spätestens Ende 2019 bearbeitet werden können. Sämtliche gesuchstellenden Personen sollten bis dahin die Entscheidung über ihr Gesuch erhalten haben. Indessen ist es aus administrativen Gründen möglich, dass die Überweisung der letzten Solidaritätsbeiträge erst Anfang 2020 abgeschlossen ist.

Per Anfang November 2018 habe der Fachbereich bereits schon rund 3'000 der über 9'000 eingegangenen Gesuche prüfen können; davon seien auch schon der allergrösste Teil der gutgeheissenen Gesuche ausbezahlt worden. Damit sei das amtsintern gesteckte Ziel für den Fachbereich FSZM, bis Ende dieses Jahres einen Drittel bearbeitet zu haben, bereits erreicht worden.

Das BJ plane gegen Mitte/Ende Dezember 2018 die Veröffentlichung einer kurzen Medienmitteilung, in der über den aktuellen Stand der Arbeiten und die getroffenen Massnahmen zur Beschleunigung der Gesuchsbearbeitung informiert werden soll. Diese Meldung sei nicht zuletzt auch für die Betroffenen wichtig, damit sie wissen, dass es vorwärtsgeht.

Der Präsident ist ebenfalls zuversichtlich, dass mit der Aufstockung der personellen Ressourcen beim Fachbereich FSZM – trotz Verkürzung der Bearbeitungsfrist bis Ende Dezember 2019 – weiterhin eine eingehende und sachliche Prüfung der Gesuche gewährleistet werden kann.

In diesem Zusammenhang weist der Präsident darauf hin, dass die beschleunigte Gesuchsbearbeitung durch den Fachbereich FSZM nicht zuletzt auch erhebliche Auswirkungen auf die Archive habe, denn noch ausstehende Akten müssen nun schneller als von ihnen ursprünglich geplant beschafft und eingereicht werden. Das BJ habe am 18. Oktober 2018 ein Schreiben an sämtliche Staatsarchive gesandt und sie auf die anstehende Beschleunigung der Gesuchsbearbeitung aufmerksam gemacht, verbunden mit der Bitte, noch ausstehende Akten möglichst rasch einzusenden, um die Gesuchsbearbeitung nicht zu verzögern. Dies bedeutet für die Archive nochmals ein besonderer Effort, stehen ihnen doch normalerweise keine zusätzlichen Ressourcen zur schnelleren Erledigung dieser Arbeiten zur Verfügung.

4. Vorinformation betreffend die Behandlung von zu spät eingereichten Gesuchen

Nach Ablauf der Einreichfrist sind beim Fachbereich FSZM bis heute 85 Gesuche eingegangen. Frau Kuster informiert, dass der Umgang mit verspäteten Gesuchen bzw. die Beantwortung der Frage, ob ein Gesuch die Voraussetzungen einer Fristwiederherstellung nach Artikel 24 VwVG erfüllt, eine reine Rechtsfrage sei und das Gesetz bzw. die Gerichtspraxis die Schwelle grundsätzlich hoch angesetzt habe. Die verpasste Frist könne nur wiederhergestellt werden, wenn die gesuchstellende Person in unverschuldeter Weise davon abgehalten worden sei, innert der ursprünglichen Frist ein Gesuch einzureichen (z.B. infolge einer sehr schweren Krankheit oder von Spitalaufenthalten, die ein Handeln vor Ablauf der Frist verunmöglichte). Nach Wegfall des Verhinderungsgrundes müsse das Gesuch rasch eingereicht werden (gemäss Gesetz innert 30 Tagen).

Das BJ werde bestrebt sein, die bestehenden Spielräume in Bezug auf die Wiederherstellung der Frist so weit als möglich zugunsten der Opfer auszuschöpfen. Dies habe jedoch nach objektiven Kriterien und immer unter Berücksichtigung der Gleichbehandlung aller Opfer zu erfolgen. Im Moment würden deshalb die verspäteten Gesuche einer Gesamtschau unterzogen: Ziel sei es, die für die Verspätung geltend gemachten Gründe so gut wie möglich zu gruppieren und dann für jede dieser Gruppen zu entscheiden, ob diese Gründe ausreichen, damit die Frist wiederhergestellt und das Gesuch somit doch noch geprüft werden könne. Im Weiteren sei dann gleichzeitig auch noch die Frage zu klären, in welcher Reihenfolge die verspäteten Gesuche behandelt werden sollen. Naheliegend sei es, hier auf die gleiche Regelung zurückzugreifen, wie sie für diejenigen Gesuche vorgesehen ist, die fristgerecht eingereicht wurden. Gesuche von Personen, die älter als 75 Jahre sind und/oder die nachweislich schwer krank sind würden dann prioritär behandelt, die übrigen in der Reihenfolge des Eingangs.

Sobald die Fragen der Gruppierung und Priorisierung BJ-intern geklärt seien, werde dann die beratende Kommission über das Ergebnis informiert.

Es sei nicht auszuschliessen, dass weiterhin einzelne Gesuche verspätet eingereicht würden. Beurteilt würden diese Gesuche in jedem Fall nach den strengen Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Frist (Frist wurde unverschuldet verpasst und Gesuch wird innert 30 Tagen nach Wegfall des Hinderungsgrundes eingereicht). Das heisst, je später ein Gesuch eingereicht wird, desto länger muss ein zureichender Hinderungsgrund über die ursprünglich geltende Frist hinaus bestanden haben.

5. Stand der vom Fachbereich FSZM vorgeprüften bzw. von der beratenden Kommission behandelten Gesuche

Der Präsident orientiert, dass bis Ende September 2018 insgesamt 2643 Gesuche von der beratenden Kommission behandelt worden seien (inkl. der im August und September auf dem Zirkularweg unterbreiteten Gesuche).

Zur Behandlung anlässlich der heutigen Sitzung stünden (gemäss der Oktober-Liste des Fachbereichs) 318 Fälle an, bei denen der Fachbereich eine Gutheissung beabsichtige. Nachdem in der Kommission zu keinem dieser Fälle eine Diskussion gewünscht worden ist oder im Vorfeld der Sitzung Einwände geltend gemacht worden seien, sind diese Fälle damit von der Kommission verabschiedet.

Der Präsident erkundigt sich überdies, wie mit den beiden zusätzlichen Gesuchen verfahren werden soll, welche der Fachbereich den Kommissionsmitgliedern aus Dringlichkeitsgründen am Vortag der heutigen Sitzung per E-Mail hat zukommen lassen. Diese seien ja nicht offiziell traktandiert worden. Nachdem alle Kommissionsmitglieder jeweils ein Set der restlichen Akten zu Beginn der Sitzung erhalten haben und den Mitgliedern im Anschluss an die Mittagspause Gelegenheit zum Aktenstudium geboten werden wird, beschliesst die Kommission, auch diese beiden zusätzlichen Fälle an der heutigen Sitzung zu behandeln.

Der Präsident fährt fort, indem er der beratenden Kommission insgesamt 15 Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet bzw. über sie diskutieren lässt, in denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung (10 Fälle) oder ein Nichteintreten (1 Fall) vorsieht bzw. eine Diskussion von Grenzfällen (4 Fälle) vorschlägt.

Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission (zusammengefasst):

- auf 1 Gesuch nicht einzutreten, weil sich die Ereignisse vollständig im Ausland zuge- tragen haben;
- 10 Gesuche abzulehnen, weil bei den gesuchstellenden Personen jeweils die gesetz- lichen Voraussetzungen der Opfereigenschaft nicht erfüllt sind;
- 1 weiteres Gesuch (per vorbehaltenem Entschluss) abzulehnen, sofern die verlangte, vertiefte Abklärung des Sachverhalts negativ verlaufen sollte. Sollte das Ergebnis der Abklärung positiv ausfallen, womit aufgrund der gesamten Umstände und der aktuel- len Aktenlage wohl eher nicht zu rechnen ist, empfehle die Kommission eine Gutheis- sung.
- 2 Gesuche ohne heutigen Entschluss vorläufig zurückzustellen, um weitere Abklärun- gen zu treffen.

Damit wurden inklusive der heutigen Sitzung insgesamt 2974 Gesuche von der beratenden Kommission behandelt.

6. Selbsthilfe-Projekte (Stand)

Reto Brand informiert kurz über den aktuellen Stand der Selbsthilfe-Projekte. Verglichen mit dem Stand anlässlich der letzten August-Sitzung hätten sich Fortschritte bei einzelnen Pro- jekten ergeben.

Bei einem Projekt hätte nicht zuletzt aufgrund ungenügender Zusammenarbeit, grossenteils fehlender Informationen und erheblichen Zweifeln, ob das Projekt in dieser Form von den ge- setzlichen Voraussetzungen her überhaupt bewilligt werden kann, eine ablehnende Verfü- gung in Aussicht gestellt werden müssen. Der Fachbereich will aber vorher nochmals das Gespräch suchen und versuchen, allfällig noch bestehende Missverständnisse auszuräumen und Hindernisse abzubauen.

Ein weiteres mittelgrosses Projekt konnte kürzlich gutgeheissen werden. Es basiert auf ei- nem bereits erprobten Konzept (Beteiligung von Betroffenen) und die Umsetzung erscheint erfolversprechend zu sein.

Der Fachbereich FSZM werde auch immer wieder für neue Projekte kontaktiert. Zuerst müsse aber in der Regel das Konzept etwas weiterentwickelt werden, damit es genügend konkret wird und mit den gesetzlichen Vorgaben in Einklang gebracht werden könne. Dies

geschehe oft mittels Angebot eines oder mehreren Vorgesprächen zur Klärung des weiteren Vorgehens.

Schliesslich gebe es noch allererste Überlegungen für ein neues Selbsthilfe-Projekt für diejenigen Betroffenen, die sich künstlerisch betätigen. Der Fachbereich hält sich bereit für den Fall, dass konkretere Schritte folgen sollten.

7. Verschiedenes

Das NFP 76 und das BJ planen gemäss dem Präsidenten ein gemeinsames Schreiben an öffentliche und private Archive. Dieses Schreiben soll Forschenden bei Bedarf den Zugang zu den Akten in den Archiven für Forschungszwecke im Rahmen des Nationalfonds-Projekts 76 (NFP 76) erleichtern bzw. ebnen, wenn sie auf Schwierigkeiten mit einzelnen Archiven treffen.

Gleichzeitig mit der geplanten Veröffentlichung der Medienmitteilung soll, wenn möglich, auch die Website des BJ betreffend die fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen aktualisiert werden. Die entsprechenden Arbeiten sind bereits im Gang.

Als Folge der Massnahmen, die zur Bewältigung einer höheren Anzahl von Gesuchen um einen Solidaritätsbeitrag führen wird, dürfte nun entsprechend auch der Arbeitsanfall für die beratende Kommission zunehmen. Es erscheint deshalb sinnvoll, die Anzahl Sitzungen für nächstes Jahr – in Abweichung von der Sitzungsplanung anlässlich der letzten Kommissionssitzung – von vier auf sechs zu erhöhen. Die Kommission beschliesst, je eine Sitzung im Februar, April, Juni, August, Oktober und November 2019 durchzuführen. Die genauen Daten sollen mittels einer Doodle-Umfrage noch festgelegt werden.

Der Präsident dankt allen Mitgliedern für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung und schliesst diese um ca. 15.30 Uhr.



Procès-verbal

Référence / n° de dossier : COO.2180.109.7.267268 / 924/2017/00002

Date : 15 novembre 2018
Destinataires : Membres de la Cocosol et autres participants à la
séance mentionnés ci-dessous

Procès-verbal de la 9^e séance de la commission consultative (Cocosol) du 20 novembre 2018

| | | |
|---------------------|----------------------------|---|
| Présidence : | Luzius Mader | Président Ancien délégué du DFJP aux victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance / ancien sous-directeur de l'OFJ |
| Membres : | Elsbeth Aeschlimann | Ancienne représentante du point de contact du canton de Zurich |
| | Urs Allemann | Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate, personne concernée |
| | Barbara Studer Immenhauser | Archiviste cantonale du canton de Berne et présidente de la Conférence des directrices et directeurs d'archives suisses (CDA) |
| | Lisa Yolanda Hilafu | Ancienne présidente de Zwangsadoption- Schweiz, personne concernée |
| | Maria Luisa Zürcher | Ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate |
| | Christian Raetz | Chef du Bureau de médiation du canton de Vaud |
| | Laetitia Bernard | Collaboratrice du centre de consultation LAVI du canton de Fribourg, ancien membre du comité du fonds d'aide immédiate |
| Excusé : | Guido Fluri | Entrepreneur et auteur de l'initiative sur la réparation, personne concernée |

| | | |
|------------------------|----------------|--|
| Ex officio : | Susanne Kuster | OFJ / sous-directrice et cheffe du domaine de direction Droit public (points 3 et 4) |
| | Reto Brand | OFJ / chef de l'unité MCFA |
| Procès-verbal : | Simone Anrig | OFJ / unité MCFA |

1. Accueil et informations générales

Le président souhaite la bienvenue aux personnes présentes. Il salue spécialement Susanne Kuster (sous-directrice de l'OFJ et cheffe du domaine de direction Droit public), qui interviendra à propos des points 3 et 4. Guido Fluri est excusé.

Les documents de la séance ont été envoyés à tous les membres environ dix jours plus tôt. Il semble y avoir eu quelques difficultés pratiques lors du dernier envoi. Celles-ci devraient avoir été résolues lors du prochain envoi. Les membres de la commission peuvent au besoin venir consulter les dossiers auprès de l'OFJ avant l'envoi des documents de la séance. En règle générale, tous les documents sont prêts deux semaines avant la séance, c'est-à-dire quelques jours avant l'envoi.

Le président indique que Guido Fluri s'est vu attribuer récemment le titre de docteur honoris causa par l'université de Lucerne. Il se réjouit particulièrement que les services qu'il a rendus et son engagement en faveur des victimes soient récompensés.

Urs Allemann rapporte qu'un premier « bistrot d'échange » a eu lieu le 25 octobre 2018 au restaurant « Heitere Fahne » de Wabern. 33 personnes directement concernées et trois conjoints y ont pris part. Trois groupes d'échange ont fonctionné en parallèle, chacun d'entre eux étant animé par un modérateur et un accompagnateur. Chacune des 33 personnes concernées a pu raconter son histoire. Un deuxième bistrot d'échange doit se tenir à Olten le 10 décembre 2018, en collaboration avec la Haute école spécialisée du nord-ouest de la Suisse. Quelque 90 personnes s'y sont déjà inscrites. Un bistrot d'échange en français est également prévu à Treyvaux le 14 février 2019 en collaboration avec ATD Quart Monde. Le 30 juin 2019, une fête estivale aura lieu pour les personnes concernées à Mümliswil, comme en 2018.

Mme Hilafu rappelle que deux articles sont parus en 2018 dans la Revue des Suisses de l'étranger. Ils ont permis la diffusion d'informations sur la contribution de solidarité et d'explications sur la procédure de dépôt des demandes et sur le versement des contributions. Le président souligne l'importance de ces articles. De nombreuses personnes n'ont pas pu, par le passé, prendre réellement conscience du contenu des informations, même si elles étaient claires, et n'ont dès lors pas été en mesure de les transmettre à d'autres personnes.

Maria Luisa Zürcher évoque la Fondation Assurer l'avenir des gens du voyage, qui examine s'il serait possible de mettre en place un petit projet comparable au bistrot d'échange. De premiers contacts ont eu lieu avec les responsables du bistrot d'échange à propos d'une éventuelle collaboration.

Le président renvoie au livre de Robi Minder et Diana Bach « Lebenslänglich - Briefwechsel zweier Heimkinder », paru récemment. C'est un recueil de correspondance entre les deux auteurs, qui ont vécu dans un foyer pour enfants dans les années 50, et un récit de la manière dont ils ont vécu tout le processus de remise à plat.

Le président annonce que le 30 novembre 2018 seront présentés à Winterthour les résultats du projet de recherche sur les mesures de coercition à des fins d'assistance et les placements extrafamiliaux antérieurs à 1981 dans le canton de Zurich.

Il rapporte les résultats d'études récentes sur la transmission des traumatismes par-delà les générations. Il apparaît que les traumatismes peuvent non seulement avoir des répercussions sociales et psychologiques sur plusieurs générations, mais qu'ils ont des effets épigénétiques sur les enfants. Ces études confirment que les descendants de personnes victimes de mesures de coercition ont dû souffrir également de ces événements. Néanmoins, pour différents motifs, le législateur a décidé que seules les personnes directement concernées pourraient toucher une contribution de solidarité.

2. Approbation du procès-verbal de la séance du 28 août 2018

Le président signale qu'exceptionnellement, le procès-verbal de la dernière séance a été envoyé en même temps que l'invitation à la séance de ce jour. En l'absence d'écho de la part des participants, le procès-verbal est considéré comme approuvé.

Une demande a été mise en attente lors de la dernière séance, afin que l'unité MCFA puisse procéder à des clarifications. Après examen approfondi, la demande a finalement pu être acceptée.

3. Accélération du traitement des demandes : avancement des travaux

Mme Kuster annonce que l'unité MCFA a pu recruter du personnel tant pour le traitement des demandes que pour le secrétariat, cela afin de raccourcir le temps d'attente. Ces nouveaux collaborateurs ont pris leurs fonctions de manière échelonnée depuis octobre 2018. Certains commenceront début décembre. L'augmentation des effectifs est notamment à mettre au mérite de la conseillère fédérale Simonetta Sommaruga et de son secrétariat général. Mme Kuster remercie également les membres de la Cocosol pour leur soutien à cet égard.

L'augmentation des ressources en personnel permet d'accélérer le traitement des demandes. Les nouveaux collaborateurs doivent d'abord bénéficier d'une mise au courant. De nombreuses mesures administratives sont en outre nécessaires, mais l'OFJ est confiant dans le fait que toutes les demandes auront été traitées au plus tard d'ici la fin 2019. Toutes les personnes ayant déposé une demande devraient d'ici là avoir obtenu une décision. Il est cependant possible pour des motifs administratifs que les dernières contributions de solidarité ne soient versées que début 2020.

Début novembre 2018, l'unité MCFA avait examiné environ 3000 des plus de 9000 demandes déposées. Le versement a déjà été effectué pour l'essentiel des demandes approuvées. L'objectif fixé en interne consistant pour l'unité MCFA à avoir traité un tiers des demandes à fin 2018 est d'ores et déjà atteint.

L'OFJ prévoit de publier un bref communiqué de presse vers la mi-décembre ou la fin décembre 2018 pour faire le point sur l'avancement des travaux et pour informer le public des mesures prises pour accélérer le traitement des demandes. Ce communiqué revêt de l'importance notamment pour les victimes, afin qu'elles sachent que les choses avancent.

Le président est également confiant dans le fait que le gonflement des effectifs de l'unité MCFA permettra, malgré des délais raccourcis à fin décembre 2019, de continuer à examiner les demandes dans le détail.

Dans ce contexte, il note que le traitement accéléré des demandes aura des répercussions importantes sur les archives, les dossiers manquants devant être obtenus plus rapidement

que prévu. L'OFJ a de ce fait envoyé une lettre à toutes les archives cantonales en date du 18 octobre 2018 pour les informer du coup d'accélérateur donné et leur demander d'envoyer les dossiers manquants le plus vite possible. Cela demandera encore plus d'efforts aux archives, qui ne disposent pas de ressources supplémentaires pour effectuer leurs travaux plus rapidement.

4. Information préalable concernant le traitement des demandes déposées tardivement

85 demandes sont pour l'instant parvenues à l'unité MCFA depuis que le délai est écoulé. Mme Kuster informe les participants que la question de la restitution du délai au sens de l'art. 24 de la loi fédérale sur la procédure administrative (PA) est purement juridique et que les conditions fixées par la loi et par la jurisprudence sont restrictives. Le délai non tenu ne peut être restitué que si le requérant a été empêché, sans sa faute, d'agir dans le délai fixé (par ex. en raison d'une maladie très grave ou de séjours à l'hôpital). D'après la loi, le requérant a alors trente jours à compter de celui où l'empêchement a cessé pour déposer une demande.

L'OFJ veillera à utiliser toute la marge de manœuvre disponible pour pouvoir restituer le délai en faveur des victimes. Il ne pourra le faire qu'à l'appui de critères objectifs et en veillant à assurer l'égalité de traitement entre toutes les victimes. Il examine actuellement les demandes retardataires de manière globale dans le but de grouper autant que possible les motifs de retard avancés et de décider pour chacun de ces groupes si ces motifs sont suffisants pour restituer le délai et examiner les demandes concernées. Il faudra ensuite déterminer l'ordre dans lequel traiter les demandes retardataires. Il paraît judicieux d'adopter la même règle que pour les demandes déposées à temps. Les demandes de personnes âgées de plus de 75 ans ou gravement malades seraient alors traitées en priorité, les autres le seraient dans l'ordre d'arrivée.

La commission consultative sera informée aussitôt que les questions de groupement et de priorité seront clarifiées à l'interne.

On ne peut exclure que d'autres demandes arrivent en retard. L'OFJ appliquerait pour elles les mêmes conditions strictes de restitution du délai (requérant empêché, sans sa faute, d'agir dans le délai fixé et dépôt de la demande trente jours à compter de celui où l'empêchement a cessé). Cela signifie que plus une demande est déposée tard, plus le motif d'empêchement a duré au-delà du délai.

5. Etat des demandes examinées par l'unité MCFA et traitées par la commission consultative

Le président indique que la commission consultative avait traité 2643 demandes à fin septembre 2018 (y compris celles qui lui ont été soumises par voie de circulaire en août et en septembre).

Il annonce que 318 demandes que l'unité prévoit d'approuver sont à l'ordre du jour de la séance (conformément à la liste d'octobre de l'unité). Elles sont toutes considérées comme approuvées par la commission puisque celle-ci n'a souhaité de discussion sur aucune d'entre elles ni n'a émis de réserve en amont de la séance.

Le président demande quelle est la marche à suivre s'agissant des deux demandes urgentes que l'unité a fait parvenir aux membres de la commission la veille par courriel et qui ne sont pas officiellement à l'ordre du jour. Les membres de la commission ont reçu des copies des dossiers restants au début de la séance et auront un peu de temps à l'issue de la pause de midi pour les étudier. La commission décide par conséquent de traiter également ces deux demandes lors de la séance de ce jour.

Le président continue en soumettant à la commission dix demandes que l'unité MCFA propose de rejeter, une demande pour laquelle elle suggère de ne pas entrer en matière et quatre cas-limites (quinze demandes en tout).

Après avoir discuté de chaque demande dans le détail, la commission recommande (résumé) :

- de ne pas entrer en matière sur une demande, car les événements se sont entièrement déroulés à l'étranger ;
- de rejeter dix demandes, car les requérants ne remplissent pas les conditions légales pour être qualifiés de victimes ;
- de rejeter une autre demande (décision avec réserve) si l'approfondissement de l'état de fait devait fournir des résultats négatifs. En cas de résultats positifs (ce qui paraît peu vraisemblable au vu des circonstances globales du cas et des données actuellement disponibles), la commission recommande d'approuver la demande ;
- de mettre deux demandes en attente de décision pour permettre des éclaircissements.

En comptant la séance de ce jour, la commission consultative a donc traité 2974 demandes en tout.

6. Avancement des projets d'entraide

Reto Brand fait le point sur l'avancement des projets d'entraide. Il souligne les avancées enregistrées pour certains projets depuis août dernier.

Il indique qu'il a fallu faire entrevoir une décision négative aux protagonistes d'un projet du fait d'un manque de collaboration de leur part, d'informations lacunaires et de doutes importants sur l'adéquation du projet, sous cette forme, aux conditions légales. L'unité MCFA cherchera à renouer le dialogue avec eux et tentera de dissiper les éventuels malentendus et de surmonter avec eux les obstacles.

L'unité a approuvé il y a peu un autre projet de moyenne ampleur. Il repose sur un concept éprouvé qui a été adapté aux personnes concernées et sa mise en œuvre semble prometteuse.

L'unité reçoit régulièrement de nouvelles propositions de projets. Souvent, le concept nécessite néanmoins d'être concrétisé et d'être mis en adéquation avec les dispositions légales. Quelques entretiens permettent généralement de clarifier la suite de la procédure.

Enfin, M. Brand évoque de premières réflexions sur un nouveau projet d'entraide pour les personnes concernées qui s'adonnent à des activités artistiques. L'unité se tient à disposition des responsables de ce projet pour une éventuelle concrétisation.

7. Divers

Selon le président, le Programme national de recherche (PNR) 76 et l'OFJ prévoient d'envoyer une lettre commune aux archives publiques et privées afin de faciliter l'accès des chercheurs du PNR 76 aux dossiers et d'aplanir les difficultés.

Les pages Internet de l'OFJ consacrées aux MCFA seront actualisées en même temps que sera publié le communiqué évoqué en début de séance. Les travaux sont en cours.

Suite aux mesures adoptées, qui impliqueront un nombre plus élevé de demandes de contributions de solidarité, la commission consultative sera elle aussi plus chargée. Il paraît dès lors judicieux d'augmenter le nombre de séances prévues pour 2019 de quatre à six. La

commission décide qu'elles auront lieu en février, avril, juin, août, octobre et novembre. Les dates seront fixées au moyen de sondages Doodle.

Le président remercie tous les membres pour leur participation active et constructive et clôt la séance vers 15h30.